

Tabak-Arbeiter

Nr. 36 / Bremen, den 6. September 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahm, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: An-Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 6340 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank der deutschen Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Bejenbindehof 57, Zimmer Nr. 24

Im Bunde mit der Sozialdemokratie!

Von Theodor Leipart (Vorsitzender des ADGB.)

Die großen politischen Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Reichshaushalts im Jahre 1929 trugen von vornherein den Charakter eines Kampfes der ihrer sozialen Lage nach verschiedenen Bevölkerungsschichten um die Verteilung der durch den Young-Plan für geraume Zeit fixierten Staatslasten oder um einen größeren oder geringeren Anteil an der durch die Verringerung der Reparationspflichten eingetretenen Erleichterung. In der weiteren Entwicklung hat sich, während gleichzeitig eine wirtschaftliche Depression von ungewöhnlicher Schärfe um sich griff, dieses Ringen zugespitzt zu einer Auseinandersetzung über eine völlige Neuordnung der Verteilung des Sozialproduktes, und die Gegensätze in der politischen Region haben sich, parallel zu der Verschärfung des Streites um soziale und volkswirtschaftliche Interessen, erweitert zu einem Kampfe um den Bestand der demokratisch-parlamentarischen Ordnung.

Obwohl das ursprüngliche Aufgabengebiet der Gewerkschaften, das ihr Wesen bestimmt, sich in der wirtschaftlichen und sozialen Sphäre des nationalen Lebens ausbreitet, waren die Gewerkschaften an den Wegen und Zielen der Politik nie uninteressiert. Die taktische und organisatorische Unabhängigkeit vom Einfluß politischer Parteien, auf deren Besitz die Gewerkschaften entscheidenden Wert legen, hatte nie den Zweck, die Gewerkschaften vom politischen Leben zu isolieren, bedeutete nie einen Verzicht auf politische Einflussnahme — in den Grenzen, welche durch die aus ihrer ursprünglichen Aufgabe abgeleitete Sonderbedeutung der Gewerkschaften gesteckt sind.

Seit 1918 haben die Gewerkschaften in hervorragendem Maße an der Gestaltung des Staatswillens teilgenommen. Die innere Ordnung, der soziale Inhalt des neuen republikanischen Reichs wurden in weitem Umfange bestimmt durch Gedankengänge, die dem Innersten der Natur der Gewerkschaften entsprungen waren, durch Tatbestände, die durch das Handeln der Gewerkschaften geschaffen worden sind. Und wenn noch Zweifel bestanden hätten, ob diese staatspolitischen Bestrebungen der Gewerkschaften berechtigt, ja notwendig sind zur Erfüllung ihres Zweckes, zur Sicherung und Besserung der gesellschaftlichen Geltung und materiellen Lage der Arbeiterschaft, so müssen diese Zweifel angesichts der jüngsten politischen Entwicklung, in deren Verlauf der gegenwärtige Wahlkampf einen Höhepunkt darstellt, gewichen sein.

Denn nie war der intime Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage und dem sozialen Schicksal der Arbeiterschaft als Klasse, in deren Auftrag und zu deren Nutzen die Gewerkschaften ihre Kräfte einsetzen, und der politischen Machtverteilung offenkundiger als in den großen Kämpfen der Gegenwart. Als die Annahme, die Ermäßigung der Reparationspflichten werde eine Verringerung der Steuerlasten rechtfertigen, obwaltete, setzten das Unternehmertum und die ihm in der sozialen Stufenfolge benachbarten bürgerlichen Bevölkerungsschichten und Machtgruppen sofort die Hebel ihres Einflusses an, um zu bewirken, daß die Entlastungen ihrem Konto gutgeschrieben werden, während die Arbeiterschaft leer ausgehen sollte.

Nachdem sich diese Voraussetzung für Steuererleichterung als Illusion erwiesen hatte, erscholl sogleich der Ruf nach Senkung der Staatsausgaben, um dadurch Raum zu schaffen für die vom Unternehmertum zu seinen Gunsten geforderten Steuererleichterungen, und als es sich gar zeigte, daß statt der Steuerermäßigungen Steuererhöhungen zur Gleichstellung des Reichshaushaltes erforderlich waren, da entbrannte heftiger und heftiger der Kampf um die Verteilung der neuen Steuerlasten: Es war

die Frage, ob sie vorwiegend vom Kapital oder vom Arbeitseinkommen gezahlt werden sollten.

Mit dem Meinungsstreit um die Aufbringung der Staatseinnahmen verband sich der Kampf um ihren Verwendungszweck. Die Forderung nach Ermäßigung der Staatslasten durch Ausgaben senkung richtete ihre Spitze von vornherein ausschließlich gegen die Ausgaben des Reiches für soziale Zwecke, und als die wirtschaftliche Depression an Dauer und Tiefe wuchs, steigerten sich die gegen die Arbeitslosenversicherung gerichteten Angriffe zu einem Sturm auf diese wichtige Stellung der Arbeiterschaft, der sich bald auch gegen andere Zweige der Sozialversicherung, so gegen die Krankenkassen wandte.

Der Kampf der Unternehmer und der ihnen gesinnungswandten politischen Parteien gegen die Sozialgesetzgebung, namentlich gegen die Arbeitslosenversicherung, war jedoch nur eine Seite des Angriffes auf den Lohn, der von den Unternehmern um so offener mit Forderungen nach einem Lohnabbau geführt wurde, je weiter die Depression um sich griff. In einer Arbeitslosenversicherung mit ausreichenden Leistungen verteidigt die Arbeiterschaft eine der wertvollsten Garantien für die Erhaltung ihres Lebensstandards während der Wirtschaftskrise, und eben darum wird diese Arbeitslosenversicherung von den Unternehmern mit dem Aufgebot ihrer ganzen Macht bekämpft, damit durch ihren Abbau der Weg frei werde für den Druck auf die Löhne, der, wie alle Erfahrung lehrt, von großer Arbeitslosigkeit in der Regel ausgeht.

Daß auch der Kampf um den Lohn von den Unternehmern mit politischen Mitteln, das heißt: im Bunde mit der Staatsgewalt geführt wurde, zeigte der bekannte Deynhäufener Schiedspruch. Das Wort vom „politischen Lohn“, das, von den Arbeitgeberverbänden aufgebracht, gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften gerichtet war, muß nun in vollem Umfange auf die Lohnpolitik der Unternehmer Anwendung finden. Sie haben den politischen Lohn akzeptiert. Derselbe Arbeitgeberverband, die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der am Ende des Jahres 1928 gegen einen von dem Reichsarbeitsminister Wissell verbindlich erklärten Schiedspruch die Aussperrung verfügte, hat die Verbindlichkeitsklärung des Deynhäufener Schiedspruches, der dem Abbau der Löhne die Bahn ebnete, von dem Reichsarbeitsminister Stegerwald erbeten und bekommen. Und während der von diesen Unternehmern 1928 wider Recht und Gesetz bekämpfte Schiedspruch von der Regierung Hermann Müller entschlossen verteidigt wurde, erfuhren die durch die Verbindlichkeit des Deynhäufener Schiedspruches unterstützten Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer die ausdrückliche Billigung des Kabinetts Brüning.

Dieser Wechsel in der Beurteilung des „politischen Lohnes“ durch die Unternehmer, der parallel verläuft mit dem Wechsel in der Reichsregierung, und diese verschiedenartige Haltung der beiden Regierungen im fast gleich gelagerten Falle beleuchten blitzschnell den engen Zusammenhang zwischen den ökonomisch-sozialen und politischen Interessen der Arbeiterschaft. Dieser Vorgang beweist, daß die Gewerkschaften durch eine Teilnahme an den politischen Kämpfen zugleich die soziale Stellung und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verteidigen. Er beweist ferner, daß ohne eine Geltendmachung der politischen Macht der Arbeiterschaft die ökonomisch-sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten ständig bedroht sind.

Als es den um die Regierung Brüning gruppierten Parteien nicht gelang, ihre gegen die dringenden Lebensinteressen der Arbeitererschaft gemendete Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf legalem Wege im Reichstage zur Anerkennung zu bringen, griffen sie zur Gewalt. Der Gedanke, der dem Auftreten der Regierung Brüning in ihrem Verhältnis zum Reichstag zugrunde liegt, gehört einer grundsätzlich anderen Staatsauffassung an als der, zu welcher sich die Gewerkschaften bekennen. Der verfassungswidrige Versuch der Regierung Brüning, ihre Politik mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gegen den Reichstag durchzusetzen, ist der Beginn einer Politik, die in ihren Konsequenzen Zwang an die Stelle von Freiheit und Recht, Rechtsunsicherheit an die Stelle von Ordnung und inneren Frieden setzt.

Die Gewerkschaften dagegen verlangen im Interesse der ungehemmten Entfaltung ihrer öffentlichen Geltung vom Reiche eine Politik der Stetigkeit, begründet auf den demokratischen Rechten der Verfassung. Gegen diese verstößt größtenteils das Verordnungsregime des Kabinetts Brüning. Und mit den demokratischen Garantien der Weimarer Verfassung zugleich ist die auf dieser Verfassung beruhende rechtliche Stellung der Gewerkschaften, die ihnen die Freiheit des unabhängigen Handelns und maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des sozialen Schicksals der Arbeitererschaft gewährleistet, in gefährlicher Weise bedroht.

Mit der Demokratie zugleich verteidigen daher die Gewerkschaften im Wahlkampfe ihr eigenes Recht auf eine dem Unternehmertum gleichberechtigte Stellung im öffentlichen Leben sowie den Anspruch der Arbeitererschaft auf soziale Geltung und auf den ihrer großen volkswirtschaftlichen Leistung entsprechenden materiellen Anteil am Sozialprodukt. Sie führen ihren Kampf im Bunde mit der Sozialdemokratie.

Mit ihr verbindet sie die Tradition des gemeinsamen Ringens um das Ziel: den demokratischen Sozialismus. Auf sie werden die Gewerkschaften auch verwiesen durch die auf Erfahrung begründete Ueberzeugung, daß unter allen politischen Parteien sie allein die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeitererschaft mit echter Leidenschaft vertritt, die gepaart ist mit der in der Politik unentbehrlichen „geschulten Rücksichtslosigkeit des Blickes für die Realitäten des Lebens“.

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch in einer umwälzenden Krise. Das theoretische System, das dem reinen Kapitalismus der Vorkriegszeit zugrunde lag, ist zum großen Teil verschwunden. So ist es auch erklärlich, daß selbst durchgebildete Wirtschaftsführer dem Gang der Wirtschaft hilflos gegenüberstehen und ihn nicht zu deuten vermögen. Gar erst die Sachverwalter der Wissenschaft, die Hochschullehrer und Professoren, haben sich längst auf Gebiete zurückgezogen, die mit dem wirklichen pulsierenden Leben nur sehr wenig zu tun haben. Nur einige Forscher, wie Sombart, Brentano, Bonn, um nur die wichtigsten zu nennen, versuchen mit eigenem Rüstzeug den Gang der Dinge wissenschaftlich zu erklären. Die deutschen Wirtschaftsführer auf der anderen Seite weisen keine überragende Gestalten auf. Als der Kapitalismus in Deutschland im stürmischen Vorwärtsschreiten sich verankerte, waren Industrieführer von Namen und Rang vorhanden. Krupp, Siemens, Rathenau u. a. waren über die deutschen Landesgrenzen hinaus berühmt. Spricht man heute von großen Wirtschaftsführern, so denkt man an Ford, an die Leiter der General Motors, an Kreuger, Owen Young usw. Wenn die deutsche Wirtschaft sich trotzdem aus dem Elend der Kriegs- und Inflationswirtschaft erfolgreich erheben konnte, so liegt dies an der Summierung zahlreicher Einzelkräfte und nicht zuletzt an der Intelligenz der deutschen Hand- und Kopfarbeiter.

Einer der Verfechter der liberalen Wirtschaftsepoche ist der Professor Bonn. Dieser hat jetzt im Verlag von S. Fischer W.G., Berlin, seine Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ in erweiterter Auflage neu erscheinen lassen. In diesem lehrbuchartigen Buche wird die kapitalistische Zickzackentwicklung in der Nachkriegszeit sehr treffend gekennzeichnet. Bonn stellt in den einleitenden Kapiteln fest, daß die technische Produktionsmethode in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung genommen hat. Im Kriege fanden sich Mammon und Mars als Geistesverwandte zusammen. Ein autoritärer Kapitalismus war zur Herrschaft gekommen. „Knapp ein Jahrhundert hat genügt, um das Wort des Freiheitsängers in sein Gegenteil zu verkehren: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, schien nur noch Knechte zu wollen.“ Dieser autoritative Kapitalismus ist in Europa in seiner reinen Form nur noch in wenigen Staaten vorhanden. Die Entwicklung der Demokratie hat den breiten

Volksmassen Herrschaftsmomente in die Hand gegeben, die sie zu bestimmenden Faktoren machen würden, wenn sie sich ihrer Mission bewußt wären. Dennoch ist die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus noch sehr groß, teilweise für die Politik der Staaten bestimmend. Politische und wirtschaftliche Macht klaffen heute weit auseinander. In diesem Zusammenhang schreibt Bonn:

Die Politik ist demokratisch geworden. Und demokratisch wird sie bleiben, auch wenn vorübergehend irgendwo ein Diktator ersteht. Er wird in einem Industrielande ein Diktator des Volkes sein; und vertritt er nicht die Demokratie, so muß er das Proletariat vertreten. Denn zur politischen Macht, die der Stimmzettel verleiht, ist die wirtschaftliche Macht gekommen, die in der Organisation der Arbeiter liegt. In einem industriellen Staate kann sich keine Macht halten, die nicht ein weitgehendes Maß von Rücksicht auf die organisierten Handarbeiter nimmt. . . . Da der Weg der Entrechtung der Masse nicht gangbar ist und da es ein Zurück von der Demokratie nicht gibt, muß der Kapitalismus demokratisch werden. Er muß vor allen Dingen auch in seinen Leistungen demokratisch werden. Das heißt, er muß den Vorteil, den er dank seiner ökonomisch-technischen Beweglichkeit besitzt, so ausnutzen, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen ertragen wird. Der Kapitalismus wird nur dann geduldet werden, wenn er durch Verbilligung der Lebenshaltung und durch reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten immer breitere Schichten zu seinen Nutznießern macht.

Diese Theorie haben die amerikanischen Unternehmer begriffen und sind in ihren Leistungen demokratisch geworden, das heißt, sie haben die Allgemeinheit an ihren Erfolgen durch billige Verkaufspreise teilnehmen lassen. Kein Mensch wird bezweifeln, daß sie damit am besten gefahren sind. Der amerikanische Unternehmer setzt hohe Löhne als gegebene Größe an.

In der „Boschischen Zeitung“ hat Henry Ford kürzlich eine Artikelreihe über sein Produktionssystem und seine Lohnpolitik erscheinen lassen. In der ihm eigenen Weise versteht er es, seine wirtschaftlichen Erfolge ins Licht zu setzen. Ford erzählt, daß er von dem Gedanken „Dienst am Kunden“ ausgegangen sei. Dann setzt er auseinander, daß niedrige Löhne die Waren verteuern. Im 4. Artikel heißt es: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Geistige im Menschen nicht entwickelt wird. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln.“ In den Ford-Betrieben betrug der Stundenlohn im Durchschnitt 1910 0,25 Dollar, 1920 0,86 Dollar und 1930 1,00 Dollar. Dies bedeutet, daß sich innerhalb von 20 Jahren der Durchschnittslohn in den Ford-Werken vervierfacht hat.

Zu Anschauungen, wie sie in U.S.A. Geltung haben, hat sich das deutsche Unternehmertum noch keineswegs durchzuringen vermocht. In den Anschauungen unserer Wirtschaftsführer klingt noch immer der autoritäre Herrschaftskapitalismus nach. Auf eigene Initiative verläßt man sich wenig. Immer mehr versucht man den Staat für seine Zwecke dienlich zu machen. Man schimpft sehr meißlich über die sozialen Einrichtungen des Staates, aber doch nur zu dem Zweck, weil man glaubt, daß der Staat dadurch die eigenen Interessen vernachlässigen könnte. Diesen Zwiespalt hat Bonn in seinem Buche sehr treffend folgendermaßen gekennzeichnet:

Die gleichen Leute, die sich auf politischem Gebiet über die Untüchtigkeit der Demokratie ereifern und in Gewerkschaften und Tarifverträgen Organisationen und Methoden sehen, die die Leistungsfähigkeit nach unten nivellieren, haben in ihren auf Schutzzöllen aufgebauten Verbänden und Kartellen die wirtschaftliche Demokratie der Untüchtigkeit vereinbart. Während sie sich gegen die politische Lohnfestsetzung durch staatlichen Gewaltanspruch ereifern, erzwingen sie durch ihre politische Vertretung die politische Preisfestsetzung durch Kartelle und Schutzzölle.

Aus seinen Untersuchungen folgert Bonn, daß ein solcher Kapitalismus, wie er sich in Deutschland zeigt, auf die Dauer nicht lebensfähig sei.

Er verkörpert die Rationalisierung des Stillstandes, die Standardisierung der Erfolglosigkeit. Er sammelt seine ganze Kraft zur Bestätigung desjenigen Moments des Wirtschaftslebens, das den Fortbestand eines kapitalistischen Unternehmertums rechtfertigt: des Risikos. Denn das Ideal einer Schutzpolitik, die in Stabilisierungsplänen endet, ist eine stationäre Wirtschaft, die dem kapitalistischen Unternehmer eine risikofreie Rente garantiert. Der Kapitalismus, der sich auf dieses Ideal zurückzieht, hat seine Daseinsberechtigung aufgegeben.

Die Kritik, die die kapitalistische Wirtschaft von einem wohlwollenden Freund derselben erfährt, ist mehr als berechtigt. Die heutige kapitalistische Wirtschaft ist ein Gemisch von Liberalismus, autoritären Kapitalismus und von staatlich subventionierten Rentenskapitalismus. Aus diesem Gemisch kann keine vorwärtstreibende Initiative erwachsen.



Tabakgewerbe



Das Ergebnis der Hauptvertrags- verhandlungen

Im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 82 und 85 haben wir die Abänderungsanträge veröffentlicht, die von den Kontrahenten des Hauptvertrages für die Zigarettenindustrie gestellt worden waren. Die Verhandlungen darüber haben am 27. August in Berlin stattgefunden. Ihr Ergebnis war die Verlängerung der Geltungsdauer des Hauptvertrages um ein weiteres Jahr, also bis zum 30. September 1931. Dazu wurden folgende Änderungen vereinbart:

§ 6 (Sozialleistungen)

erhält folgende Formulierung:

1. Falls ein Arbeitnehmer mehr als 28 Tage krank ist, hat er Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages zum Krankengeld in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Krankengeld und Lohn für 10 Arbeitstage. Auf einen weiteren Krankheitsfall, der vor Ablauf von 6 Monaten nach Wiederaufnahme der Arbeit eintritt, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

2. Vorstehender Absatz findet auch auf die Schwerbeschädigten Anwendung.

§ 9 (Maßregelung)

wird gestrichen.

§ 10 (Schlichtungsverfahren)

Hinter Ziffer 8 wird folgender Zusatz aufgenommen:

Erfolgt keine Einigung über den unparteiischen Vorsitzenden, so ernannt denselben auf Antrag einer oder beider Parteien das zuständige Arbeitsgericht.

Hinter Ziffer 7 wird folgender Zusatz aufgenommen:

Er ist jedoch für die Schaffung bzw. Neuregelung von Lohnstarifen im Sinne des § 4 nicht zuständig.

Die Änderung der Bestimmungen über die Sozialleistungen ist in der Hauptsache eine Folge der Notverordnung der Bürgerblockregierung; denn bei der bisherigen Formulierung des § 6 des Hauptvertrages hätten die erkrankten Arbeiterinnen und Arbeiter für die Dauer des Bezuges von tariflichen Sozialleistungen kein Krankengeld erhalten. Außerdem sei noch bemerkt, daß die Heraussetzung der Mindestkrankentage für den Bezug der tariflichen Sozialleistungen von 24 auf 28 keine Verschlechterung darstellt, da es sich bisher um Werkstage gehandelt hat, während in Zukunft alle Tage, also auch Sonn- und Feiertage, mitgezählt werden. Die Maßregelungsbestimmungen sind gestrichen worden, weil sie praktisch kaum noch Bedeutung gehabt haben. Zur Zeit der Schaffung des ersten Hauptvertrages entsprachen sie einer Notwendigkeit; jetzt aber sind sie überflüssig geworden, weil die Gewerkschaften sich schon zu wehren wissen werden, wenn irgendwo der Versuch unternommen werden sollte, Arbeitnehmer wegen ihrer Organisationszugehörigkeit oder Organisationsstätigkeit zu maßregeln. Mehr formeller Art sind die neu vereinbarten Ergänzungen zu den Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen, da ihre Formulierung jede Unklarheit ausschließt.

Im übrigen kann mit einer gewissen Genugtuung festgestellt werden, daß es den Zigarettenfabrikanten nicht gelungen ist, sich mit ihren Verschlechterungsanträgen durchzusetzen. Angesichts des allgemeinen, nicht immer erfolglosen Strebens der Unternehmer, während der Krisenzeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung und legt Zeugnis ab von dem Einfluß, den sich die Zigarettenarbeiterschaft durch ihre verhältnismäßig starke Organisationszugehörigkeit zu verschaffen gewußt hat. Leider hat dieser Einfluß noch nicht ausgereicht, die Verbesserungsanträge der am Hauptvertrag beteiligten Gewerkschaften, insbesondere soweit die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Betracht kommt, zur Anerkennung zu bringen. Den Zigarettenfabrikanten jedoch ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, bevor sie nicht in einer die Arbeiter-schaft zufriedenstellenden Form gelöst ist. Grundsätzlich haben die Unternehmervertreter die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit dann auch nicht bestritten, aber sachlich lehnten sie für diesmal jedes Zugeständnis ab

Die Herstellung von Maschinen-Zigarren

Von einem Kollegen, der kürzlich Gelegenheit hatte, den Arbeitsgang der von der neugegründeten Zigarrenfabrik „Americana Havanna“ in Döbeln aufgestellten Zigarrenmaschinen zu besichtigen, schreibt uns:

Um rationell arbeiten zu können, müssen unbedingt zwei Maschinen vorhanden sein, wovon die eine das linke und die andere das rechte Deckblatt verarbeitet. Bevor die Maschine überhaupt arbeiten kann, muß die Einlage lang gestreckt entrippt werden. Desgleichen ist auch das Umblatt und das Deckblatt vorher zu entrippen und aufzusetzen. Die Maschine wird durch einen Motor angetrieben und kann jederzeit durch Hebelvorrichtungen zum Stehen gebracht werden. Außerdem befindet sich bei der Umblatt- und Deckblattauflegerin sowie auch bei der Füllvorrichtung ein kleiner Motor, der ebenfalls jederzeit ein- und ausgeschaltet werden kann. Wenn bei den Arbeiten eine Arbeiterin nicht aufgepaßt hat, so löst die Maschine selbsttätig aus. Zur Beseitigung des Tabakstaubes ist die Maschine mit einem Saugmotor versehen. Später soll, wenn mehrere Maschinen aufgestellt werden, eine Sauganlage, ähnlich wie in der Zigarettenindustrie, errichtet werden.

Bei Herstellung von Wickeln wird die Einlage langgestreckt in einen Füller gelegt; dabei können auch extra Havanna-Strofen eingelegt werden. Durch ein Transportband geht die Einlage nach unten und wird mittels einer Waage selbsttätig gemogen; es wird also das Gewicht des Wickels bestimmt. Was überwiegt, wird durch Messer nach Länge abgeschnitten. Ein Greifer befördert dann die zusammengepresste Einlage auf den Wickelapparat. Das Umblatt wird von einer Arbeiterin aufgelegt und sofort durch Luft angesaugt. Dann wird es zum Wickel passend gestanzt und wickelt die Einlage ein. Ein anderer Greifer befördert den Wickel in eine Trommel, wo er je nach der gewünschten Fassung geformt wird. Ein weiterer Greifer nimmt den Wickel wieder aus der Trommel heraus und befördert ihn in die Wickelpresse. Dann werden durch eine Schneidvorrichtung die Enden des Wickels abgeschnitten. Der fertige Wickel kommt nun in eine aus diversen kleinen Walzen bestehende Vorrichtung, den sogenannten Kollapparat. Hier befindet sich u. a. eine Nadel, welche das Deckblatt, das je nach der Fassung der Zigarre selbsttätig geschnitten worden ist, erfasst und am Ende des Wickels durch eine einmalige Umdrehung ansetzt. Der Wickel wird nun durch eine Walze fertig aufgerollt. Bevor aber die Maschine die Spitze der Zigarre fertigstellt, wird der Einschnitt in das Kopfende des Deckblattes durch ein angebrachtes Messer vollzogen. Nun geht die fertige Zigarre durch ein Fummelbrett, welches eine vorwärts- und rückwärtsgehende Walze erfasst. Dann wird jede Zigarre automatisch getüllt und das Fabrikat ist, wie mit der Hand hergestellt, fertig.

Allerdings muß jede fertige Zigarre nachgesehen und nachgetüllt werden. Fehlerhafte werden ausgebessert. Die Maschine ist auch in der Lage, gestückeltes Deckblatt zu verarbeiten. Hierzu ist eine weitere Arbeiterin nötig. Die bekannten Löcher des Deckblattes können nicht während des Maschinenganges verklebt werden, sondern müssen entweder an der fertigen Zigarre nachgeholt oder vor dem Auflegen ausgebessert werden.

In einer Zigarrenmaschine werden vier Arbeiterinnen beschäftigt. Die Maschine kann als Höchstleistung 8 Stück in der Minute herstellen. Eine laufende Beaufsichtigung der Zigarrenmaschine durch einen Maschinenführer soll nicht nötig sein. Auf 10 Zigarrenmaschinen soll ein Maschinenführer kommen.

Das Sortieren der Zigarren erfolgt vorläufig noch nicht durch Maschinen. Es sollen aber Sortiermaschinen aufgestellt werden, sobald der Betrieb im vollen Gange ist. Da jede einzelne Zigarre extra in Staniolpapier verpackt werden soll, wird auf das Farbensortiment wohl kaum großer Wert gelegt werden.

Auch werden in nächster Zeit Maschinen für das Entrippen der Einlage und des Deckblattes aufgestellt. Soweit kleinerer Tabak, wie Brasil-Einlage, in Frage kommt, muß dieser auch weiterhin mit der Hand entrippt werden.

Das Deckblatt wird, bevor es in die Maschine kommt, nach Längen sortiert. Abfälle an der Deckblatt- und Umblattmaschine sollen zur Zigarillosfabrikation verarbeitet werden.

Was geht da vor?

In einer Kandidatenrede, die der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am 29. August in Berlin gehalten hat, ist er auch auf die Steuerfragen zu sprechen gekommen. Nach seiner Meinung, so heißt es in einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, seien weder die direkten Steuern noch die indirekten Steuern auf Bier oder Schnaps steigerungsfähig. Auch ein Tabakmonopol dürfe man nicht machen. Der finanzielle Erfolg sei fragwürdig, während man zahllose selbständige Existenzen dadurch vernichten würde. Notfalls sei es besser, den Tabak noch etwas stärker zu belasten, was sich vielleicht durch Verhandlungen mit den Beteiligten ermöglichen lassen könnte.

Nach den früheren Ausführungen Dr. Dietrichs und seines Ministerialdirektors Ernst (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 29) überraschen die neuerlichen Bemerkungen des Reichsfinanzministers zugunsten einer stärkeren Belastung des Tabaks nicht weiter. Auffällig ist nur der Hinweis auf Verhandlungen mit den Beteiligten, durch die sich vielleicht eine stärkere Belastung des Tabaks ermöglichen lassen könnte. Sollten derartige Verhandlungen von irgendeiner interessierten Stelle schon angebahnt worden sein? Verwunderlich wäre das, wenn man an die Vorgeschichte der Tabaksteuererhöhung vom Dezember vorigen Jahres denkt, gerade nicht.

Gau- und Zahlstellenberichte

Bünde. Am 24. August fand eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle im Gewerkschaftshaus statt. In dieser Versammlung konnten die Kollegen Peter Kuhlmann, Heinrich Krömter, Gustav Dix und Christian Lüding auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband zurückblicken. Der Vorsitzende Kollege Menke überreichte diesen Kollegen für ihre Treue als Mitglieder und Funktionäre des Verbandes eine Ehrenurkunde des Hauptvorstandes und eine materielle Anerkennung der Ortsverwaltung Bünde. Er dankte den Jubilaren und ermahnte die Jungen, ebenso wie die Alten dem Verbands die Treue zu halten und auch wie diese immer an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Der Kassenbericht, der dann vom Kassierer verlesen wurde, ergab, daß sich auch im vergangenen Quartal die Kassenverhältnisse günstig entwickelt haben. In einem Vortrage „Der soziale Kampf und die Reichstagswahl“ behandelte der Kollege Menke die Verschlechterungen in der Sozialversicherung, die durch die Regierung Brüning-Stegerwald auf dem Wege der Notverordnung gegen die Arbeiterklasse erlassen worden sind. Diese Notverordnung wird bestehen bleiben, wenn nicht die Arbeiterklasse bei den Reichstagswahlen am 14. September einen Reichstag wählt, der der Regierung Brüning-Stegerwald den Boden für ihre Regierungsbasis entzieht. Aus diesem Grunde setzen sich auch die freien Gewerkschaften für die Wahl von Sozialdemokraten ein. Die freien Gewerkschaften wollen mit der Sozialdemokratischen Partei keinen Abbau, sondern Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Kollege Kasse sprach über „Faschismus und Nationalsozialismus in Deutschland“. Er führte aus: An der Gestaltung des politischen Lebens in Deutschland haben die Gewerkschaften ein großes Interesse. In der Nachkriegszeit seien eine Anzahl Aufgaben aus dem Wirkungskreis des gewerkschaftlichen Kampfes in den Wirkungskreis der Gesetzgebung eingerückt. Darum müssen die Gewerkschaften bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften ihren ganzen Einfluß geltend machen. Diese Möglichkeit besteht aber nur in einem demokratischen Staate. Wenn darum Parteien in Deutschland die Demokratie und den Parlamentarismus beseitigen wollen, um an deren Stelle eine Diktatur zu setzen, so wird damit den Gewerkschaften der Einfluß auf die soziale und Arbeitsgesetzgebung genommen. Jede Diktatur wirkt

schon im kapitalistischen Staate gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen aus. Im kapitalistischen Staate ist die Demokratie das einzige Mittel, mit dem die Arbeiterklasse Einfluß auf den Staat nehmen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus versucht auch der Kapitalismus in Deutschland, das demokratische System in Mißkredit zu bringen. Dazu benutzt er bürgerliche Zeitungen, zum andern aber auch eine Reihe von Organisationen, von denen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei heute die bekannteste ist. Den Nationalsozialisten ist es gelungen, durch ihre Agitation insbesondere die Schichten des proletarisierten Mittelstandes unter ihrer Fahne zu sammeln. Das gelang ihnen insbesondere dadurch, daß sie diese Schichten von den wahren Ursachen ihrer Verelendung, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung besteht, ablenkten und als Ursache das demokratische System, die Revolution und die Sozialdemokratie bezeichnen. Am 14. September müsse die deutsche Arbeiterklasse zeigen, daß sie für die Demokratie und soziale Ausgestaltung der deutschen Republik sei. Mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie schloß Kollege Menke die Versammlung.

Wirtschaftspolitische Studienreise in das Industriegebiet Mitteldeutschland

Diese Reise, deren Programm wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 23 veröffentlicht haben, war ursprünglich für Ende Juni in Aussicht genommen, mußte dann aber verschoben werden. Jetzt findet diese Reise in der Zeit vom 28. September bis 4. Oktober statt. Anmeldungen mit näherer Angabe der Personalien und der Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis zum 15. September an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 8, zu richten.

Bekanntmachungen

Am 6. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

21. August. Heidenheim 300.—
22. Herford 300.—, Oldenburg 76.—
23. Kalw 200.—, Pfaffenhofen 70.—, Nordhausen 800.—
24. Bünde 500.—
25. Danzig 150.—, Dingelstädt 350.—, Enger 200.—, Kaiserslautern 300.—, Peterswaldbau 35.—
26. Siegen 300.—, Frankenberg 1000.—, Geringswalde 100.—, Bünde 3000.—, Bamberg 200.—, Frankenheim 21.47, Magdeburg 500.—, München 2500.—
27. Breslau 200.—, Löhne-Bahnhof 100.—, Hamburg 400.—
28. Elbing 2500.—
29. Hagen 100.—, Landsberg 85.—, Hannover 1700.—
30. Berlin 350.—

Bremen, den 2. September 1930.

J. Krohn.

Verloren oder gestohlen worden ist auf der Wanderschaft von Frankfurt a. M. nach Mainz das Mitgliedsbuch SA 8035, laufend auf Otto Glöde, geb. 19. 1. 71 in Basewalk, eingetr. 15. 8. 27, Beitragsklasse II. Die Bevollmächtigten, denen das Buch vorgelegt wird, werden ersucht, dasselbe einzuziehen und an den Vorstand einzusenden.

Gelbe Raucherzähne. „Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und unschön wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont.“ B. Horst Berg. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mt., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mt. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Unserem Kollegen

Joseph Heinemann

und seiner jungen Frau die herzlichsten Glückwünsche zu der am 25. August stattgefundenen Hochzeit.

Die Mitglieder der Zahlstelle Dingelstädt.

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!
 LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
 BERLIN-LICHTENRADE
 Unternehmen der freien Gewerkschaften
 gegen kleinste Wochenraten
 Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

Gummiwaren

Hygien Artikel Preis
 T 2 gratis „Medicus“
 Berlin SW 68, Alte
 Jacobstraße 8